

DIE BESTEN BEITRÄGE AUS F.A.Z. UND SONNTAGSZEITUNG

DER MORALISCHE IMPERATIV

»Political Correctness« – Schein und Wirklichkeit
in Politik, Recht, Wirtschaft und Kultur

Herausgegeben von
Reinhard Müller



□ F.A.Z.-eBOOK

Frankfurter Allgemeine Archiv

Der moralische Imperativ

»Political Correctness« – Schein und Wirklichkeit in Politik, Recht, Wirtschaft und Kultur

F.A.Z.-eBook 46

Frankfurter Allgemeine Archiv

Herausgeber: Dr. Reinhard Müller

Redaktion und Gestaltung: Hans Peter Trötscher

Zuständiger Bildredakteur: Henner Flohr

Projektleitung: Franz-Josef Gasterich

eBook-Produktion: rombach digitale manufaktur, Freiburg

Alle Rechte vorbehalten. Rechteerwerb und Vermarktung: Content@faz.de

© 2016 Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main

Titel-Grafik: © Fotolia.com / freshidea

ISBN: 978-3-89843-424-9

Inhalt

Vorwort	7
I. Topos Tugend: Politik mit Moral und Übermoral	8
Die Meinung ist frei – Von Reinhard Müller	9
Merkels neue Kleider – Von Wolfgang Streeck	13
Hyper! Moral! – Von Mark Siemons	24
Sprache vom Amt? – Von Lorenz Jäger	28
Ach Europa – Von Holger Steltzner	31
II. Hauptsache Stimmung: Moral und Wirklichkeit	43
Artigkeiten gegen rechts – Von Dietmar Dath	44
Die Empörung über die Empörung – Von Harald Staun	50
Correct! – Von Claudius Seidl	58
Außerhalb des Korridors – Von Berthold Kohler	61
Das Deutsch der Geschlechter – Von Niklas Luhmann	65
Deutschland, du Opfer! – Von Sascha Lehnartz	69
Nicht die Moschee, der Islam ist das Problem – Von Ralph Giordano	77
Wo die Salzkristalle leuchten – Von Rüdiger Soldt	85

III. Das kann ins Auge gehen: Moral und Recht	91
Moral ohne Obergrenze – Von Reinhard Müller	92
Die Angst, ein Rassist zu sein – Von Jochen Buchsteiner	95
Der Affekt gegen den Affekt – Von Patrick Bahners	99
Konfuzius, der Koran und die Gerechtigkeit – Von Professor Dr. Otfried Höffe	107
IV. Nur linke Gesinnung ist rechte Gesinnung: Moral und Politik	122
Widerspruch – Von Reinhard Müller	123
Die Ironie der Schweigespirale – Von Jasper von Altenbockum	125
Liberal denken – Von Klaus Max Smolka	131
Ausnahmslos – Von Ursula Scheer	135
Alle Menschen werden Brüder? – Von Rainer Hank	138
Drei Königinnen teils schwarz und mit Bart – Von Leo Wieland	146
Der Kontrollverlust – Von Holger Steltzner	148
Politische Korrektheit à la carte – Von Andreas Groth	152
Heuchler – Von Reinhard Mohr	156

V. Erblühende Mimosen: Moral und Wissenschaft	163
Mikrosensibel – Von Thomas Thiel	164
Vorsicht! Dieses Buch könnte Sie verstören! – Von Nina Rehfeld	167
Das letzte Wort hat das verletzte Gefühl – Von Thomas Thiel	175
Vorsicht, Shakespeare! – Von Jochen Buchsteiner	181
Gutmenschgenese – Von Jürgen Kaube	189
Politische Wissenschaft – Von Ferdinand Knauss	192
Der witzelnde Professor verliert seinen Posten – Von Gina Thomas	199
Der gefesselte Professor – Von Thomas Ehrmann	204
VI. Nur Bares ist Wahres: Moral und Wirtschaft	210
Geld kennt keine Moral – Von Bernd Freytag und Johannes Pennekamp	211
Je suis Neger – Von Bernd Freytag	218
Gute Klientel – schlechte Klientel – Von Rainer Hank und Georg Meck	221
Deutschlands gescheiterte Klimapolitik – Von Björn Lomborg	229

VII. Moral und Medien	242
Die lieben Kollegen – Von Harald Staun	243
Schleusenwärter des Anstands – Von Andreas Ross	246
VIII. Bücher	251



Vorwort

Nichts verschweigen!

Von Reinhard Müller

Politische Korrektheit – was für eine abgestandene Parole. Stimmt. Aber doch auch weiterhin aktuell. Natürlich gibt es immer Menschen, die meinen, bestimmte Dinge dürfe man nicht öffentlich sagen. Andererseits darf man sehr viel thematisieren, wohl mehr als je zuvor. Das Internet, die »sozialen Medien« zeigen eine Enthemmung auf breiter Front. Viele Bürger haben gleichwohl das Gefühl, es gebe eine Art Sprachverbot – zu heiklen Themen dürfe nur das politisch Opportune gesagt werden. So haben nach einer Allensbach-Umfrage im Auftrag der F.A.Z. 43 Prozent der Deutschen den Eindruck, dass man hierzulande seine Meinung zu der Flüchtlingssituation nicht frei äußern darf und sehr vorsichtig sein muss, was man sagt. Vor dieser Folie entstehen dann populistische Bewegungen, die sich auf die Fahne schreiben, endlich auszusprechen, was angeblich das Establishment unterdrückt. Deshalb dieses eBook, das vor allem zeigt: In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wird nichts verschwiegen.



I. Topos Tugend: Politik mit Moral und Übermoral



Die Meinung ist frei

Jeder darf seine Ansichten äußern. Diese Zumutung hat nicht jeder begriffen.

Von Reinhard Müller

Das wird man ja wohl noch sagen dürfen! Darf man auch. Wer meint, in Deutschland herrsche eine Meinungsdictatur, der hat nicht nur die deutsche Vergangenheit verdrängt – ein Blick in andere westliche Demokratien genügt, um zu erkennen, wie viel die Freiheit des Wortes hierzulande gilt. Selbst in einem Nato-Staat landen Menschen wegen unliebsamer Meinungsäußerungen hinter Gittern; beim westlichen Waffenbruder Saudi-Arabien kann ein falsches Wort ein Fall für den Henker sein. Oder es regiert der Konformismus: Eine Kurznachricht kann einen Sturm entfachen – und eine berufliche Existenz vernichten.

Das ist erstaunlich, denn eigentlich sind die Voraussetzungen für die Meinungsfreiheit auf der ganzen Welt bestens, und zwar wegen des weltweiten Netzes. Das Internet stellt einen enormen Freiheitsgewinn dar: Jeder kann an fast jede Information gelangen und diese weiterverbreiten. Und jeder kann seine Ansichten auch grundsätzlich ungestört in alle Welt senden. Daraus folgern manche schon, dass jeder sein eigener Journalist sein könne. Die Pressefreiheit wird damit zu einem Grundrecht für jedermann.

Alles ist möglich. Folge und Preis dieser Freiheit ist die Enthemenung im Netz. Es ist aber keine Verletzung der Meinungsfreiheit oder gar eine Zensur, wenn gegen Hetze und Aufrufe zur Gewalt im Internet vorgegangen wird. Niemand muss dulden, dass unter seiner Marke Beleidigungen ausgestoßen werden. Wenn also Verlage die Kommentarfunktion zu bestimmten Themen sperren, dann auch, um sich nicht selbst strafbar zu machen. Kein Hersteller gibt seine Produkte gern zum öffentlichen Beschmieren frei.

Die Meinungsfreiheit ist hier nicht in Gefahr, da es nicht der Staat ist, der Äußerungen beschränkt. Der Staat selbst ist ziemlich großzügig. Nicht ohne Grund gilt die Meinungsfreiheit als konstitutiv für eine freie Gesellschaft. Meinungen sind geschützt, auch wenn sie als dumm und gefährlich eingeschätzt werden. Wahr und falsch – diese Begriffe können auf Meinungen (anders als auf Tatsachen) nicht zutreffen. Die Wahrheit hat in einer freiheitlichen Demokratie eben niemand gepachtet; das ist zu Recht ein Hauptvorwurf gegen die neue Regierung in Polen.

Niemand muss das Grundgesetz und die ihm zugrundeliegenden Werte schätzen oder gar lieben. Wie sollte man das auch durchsetzen? Die Verfassung schützt sogar Meinungen, »die auf eine grundlegende Änderung der politischen Ordnung zielen, unabhängig davon, ob und wie weit sie im Rahmen der grundgesetzlichen Ordnung durchsetzbar sind«. So sagt es das Bundesverfassungsgericht, und es wird interessant sein zu sehen, ob und wie es diese liberale Rechtsprechung im Angesicht der gegenwärtigen Stimmung aufrechterhält. Es mag naiv klingen, doch bleibt es grundsätzlich richtig, wie Karlsruhe in der Kraft der freien Auseinandersetzung die

»wirksamste Waffe« gegen die Verbreitung menschenverachtender Ideologien zu sehen. Umso wichtiger ist das konsequente Vorgehen gegen jede Form von Hass und Gewalt.

Sogar die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts fällt nicht von vornherein aus dem Schutzbereich der Meinungsfreiheit heraus, obwohl das Verfassungsgericht hier einen historischen Sonderfall sieht, den es besonders behandelt: Die Befürwortung der NS-Herrschaft sei ein Angriff auf die Identität des Gemeinwesens mit den Frieden bedrohendem Potential. Freilich können mittlerweile auch andere Herrschaftsformen das Gemeinwesen bedrohen, die ebenfalls das Ausland tief beunruhigen; auch das ist ein Karlsruher Maßstab. Doch bleibt es dabei, dass auch eine »Vergiftung des geistigen Klimas« kein Grund für einen Eingriff in die Meinungsfreiheit ist. Diese Weite der Meinungsfreiheit ist bei weitem noch nicht in das Bewusstsein jedes Bürgermeisters, Polizeipräsidenten und Richters eingedrungen. Aber sie gilt. Und das ist womöglich eine der größten Zumutungen, die der freiheitliche Rechtsstaat seinen Bürgern- und jedem Neuankömmling – aufbürdet.

Woher kommt es dann, dass viele Bürger gleichwohl meinen, sie dürften nicht sagen, was sie wollten? Weil auch dieser Eindruck vielleicht stimmt? Hier geht es nicht um staatlichen Zwang, sondern um ein Klima der Angst. Wenn sogar Wissenschaftler, deren Freiheit ebenfalls besonders geschützt ist, sich nicht mehr trauen, bestimmte Anträge zu stellen, zu bestimmten Fragen zu forschen oder auch nur ironische Anmerkungen zu machen, und zwar aus Angst vor medialer Hinrichtung beziehungsweise beruflichen Konsequenzen, dann herrscht eine Einschüchterung, wie sie schon an amerikanischen und

britischen Universitäten zu beobachten ist. Dort hat sich die gutgemeinte und ursprünglich sinnvolle Antidiskriminierungspolitik in das Gegenteil verkehrt.

Und die Lösung? Einfach den Mund aufmachen. Selbstaufgelegte Sprechverbote kann man nur selbst beheben. Jede Unterdrückung der Meinungsfreiheit ist bloßzustellen. Konformismus und Ängstlichkeit gerade bei Medienleuten und Wissenschaftlern sind Zeichen der Krise einer freien Gesellschaft.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.01.2016

*Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main.
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de*



Merkels neue Kleider

*Es ist Wahnsinn. Aber hat es auch Methode?
Angela Merkel stützt sich auf eine Öffentlichkeit,
die Sprunghaftigkeit und Kitsch hinnimmt.
Anmerkungen zu einem immer befremdlicher
werdenden Regierungsstil.*

Von Wolfgang Streeck

Was geschieht, wenn es in Europa um »Europa« geht? Wer lange genug hinsieht, weiß, dass jedes europäische Land sich unter »Europa« und dem, was die Deutschen in ihrem Idealismus die »europäische Idee« nennen, etwas anderes vorstellt, abhängig von seinen nationalen Erfahrungen und Interessen. Was vor einiger Zeit als »Sakralisierung Europas« bezeichnet wurde, geht in Deutschland einher mit einer routinemäßigen Exkommunikation von Zweiflern an EWU und EU und ihrer Brandmarkung als »Euroskeptiker« oder gar »Anti-Europäer«. Der hier zu grübende Geßlerhut ist das Wort »der Kanzlerin«: »Scheitert der Euro, so scheitert Europa«, mit dem die fehlkonstruierte (teil-)europäische Währung gewissermaßen nachsakralisiert wird.



Moralinstanzen: Schäuble und Varoufakis reden über Zahlungsmoral. Derweil sakralisiert die Kanzlerin den Euro nach. © F.A.Z.-Foto / Jens Gyarmaty.

Wer zu salutieren zögert, riskiert den Ausschluss aus dem Verfassungsbogen, weil er »der Rechten Vorschub leistet«, sofern er dieser nicht der Einfachheit halber gleich selbst zugeschlagen wird – und nur im günstigeren Fall der AfD. So sorgen Regierung und Opposition, Verbände und Medien gemeinsam dafür, dass der nationale Europa-Diskurs keine Interessen kennt, schon gar keine deutschen, sondern nur Ideen und eigentlich nur eine Idee, die »europäische«, an die zu glauben auch für jene Mitgliedsländer eine moralische Pflicht ist, denen der Euro im Interesse der deutschen Handelsbilanz das ökonomische Blut aussaugt.

Hinter alledem steht ein politisches System von opaker Geschlossenheit, zusammengehalten durch eine Unzahl von Sprech-, Denk-

und Frageverboten, verteidigt von »allen demokratischen Kräften« und zu sich selbst gekommen in einem zehnjährigen Reifungsprozess als »System Merkel«. Sein Herzstück bildet die Herrschaftstechnik der »asymmetrischen Demobilisierung« und die Transformation des Amtes des Bundeskanzlers in eine Art persönlicher Präsidenschaft. Während asymmetrische Demobilisierung die Wähler anderer Parteien durch Vermeidung einer öffentlichen Auseinandersetzung mit deren Zielen vom Wählen abhalten soll, stützt sich personalisierte Herrschaft auf die Darstellung postideologischer politischer Wendemanöver als persönlicher Bekehrungserlebnisse, die die Bürger unter Anleitung der regierungsamtlichen PR-Maschinerie und mit Hilfe der mehr oder weniger regierungsamtlichen Medien mitfühlend verfolgen und diskutieren dürfen.

Personalisierung füllt die von der pragmatischen Beliebigkeit perspektivloser Politik gerissenen Legitimationslücken, indem sie die aufeinanderfolgenden, machtpolitisch getriebenen Wechsel der Programme und Koalitionen als persönlichen Entwicklungsroman abbildet. Voraussetzung ist eine Öffentlichkeit mit kurzem Gedächtnis, geringen intellektuellen Konsistenzansprüchen und hohem Sentimentalitätspotential, eingeführt durch den institutionellen oder moralischen Ausschluss kritischer Fragen – etwa derart, wie eine seinerzeitige »Atomkanzlerin« bis einen Tag vor Fukushima den Ausstieg aus dem harterkämpften rot-grünen Atomausstieg betreiben konnte, weil sie sich als »gelernte Physikerin« davon überzeugt hatte, dass das schon damals in Tschernobyl längst zu besichtigende Restrisiko hinnehmbar sei, aber nur eine Woche nach Fukushima, immer noch als gelernte Physikerin, wegen dieses

selben Restrisikos über Nacht zur Kanzlerin der »Energiewende« wurde.

Erleichtert werden derartige Wendemanöver in Deutschland durch ein parlamentarisches Regelwerk, das es dem Kanzler erspart, wie dem britischen Premierminister viermal in der Woche dem Oppositionsführer gegenüberstehen zu müssen, um sich von ihm ins Kreuzverhör nehmen zu lassen; in Deutschland tritt an die Stelle der Prime Minister's Question Time die Plauderstunde mit Anne Will. Und am besten gelingen solche Manöver, wenn sie in die Fahrtrichtung der Opposition hinein stattfinden, die dann schon aus voraus-eilender Koalitionsdisziplin auf alles verzichtet, was den wieder einmal gedemütigten glaubensfesten Fahnenträgern des Regierungslagers Auftrieb geben könnte.

Jedes Land auf seine Weise, könnte man sagen. Aber die nationalen Eigentümlichkeiten deutscher Politik haben im eng zusammengedrängten Europa externe Effekte der denkbar destruktivsten Art. Kernstück der neudeutschen Ideologie ist nämlich ein Selbstverständnis deutscher Politik als europäische, als Politik aus europäischer Identität für europäische Interessen, schon deshalb, weil es deutsche Identität und deutsche Interessen nicht mehr geben kann. Damit aber verbindet sich ein moralischer Anspruch auf die Gefolgschaft aller anderen Europäer, der nur Widerstand hervorrufen kann, noch gesteigert durch die Unberechenbarkeit einer als »One-Woman-Show« (Roman Herzog und sein »Konvent für Deutschland«) betriebenen deutschen Regierungspolitik, die den Imperativen einer innenpolitischen Macht- und Parteipolitik folgt, die mindestens so exzeptionell ist wie die jedes anderen Landes.

So schlagen dann die dem System Merkel eigenen, schon in Deutschland verwirrenden Positionswechsel auf die verbündeten Länder durch, und die faktische Inanspruchnahme europäischer und mitgliedstaatlicher Politik für deutsche Zwecke – die Eingemeindung der nationalen Identitäten und Souveränität anderer europäischer Länder im Zuge der Umetikettierung der deutschen Politik und Identität als europäische – wird zur internationalen Gefahrenquelle.

Ebenso wie an der Euro-Rettung lässt sich auch an der Flüchtlingspolitik die zerstörerische Dynamik des neudeutschen Sonderwegs illustrieren. Das beginnt mit der Befremdlichkeit der deutschen »Willkommenskultur« nahezu überall außerhalb Deutschlands, die weit über das Normalmaß internationalen Fremdels hinausgeht. Gesteigert wird sie durch eine von außen als unheimlich wahrgenommene nationale Konsenskultur, die die konformistische Hinnahme auch erstaunlichster Behauptungen kollektiv obligatorisch macht.

So ist in Deutschland zum Beispiel zu glauben oder doch zu bekennen und jedenfalls nur unter Gefahr des Ausschlusses aus der demokratischen Kommunikation öffentlich zu bezweifeln, dass zwischenstaatliche Grenzen sich im 21. Jahrhundert nicht mehr aufrechterhalten lassen; dass dennoch erfolgreiche Grenzsperrungen gegen Menschenrechte verstoßen, wenn sie in Ungarn oder Mazedonien, nicht aber unter deutscher Aufsicht zwischen der Türkei und Griechenland stattfinden; dass zwischen Asylsuchenden, Flüchtlingen und Migranten kein Unterschied zu machen ist; dass es bei Migration nur Push gibt und niemals Pull; dass Flüchtlinge Flüchtlinge sind, auch die entlassenen Dolmetscher der amerika-

nischen Armee in Afghanistan, die nicht in sein Land zu lassen ihr früherer Arbeitgeber Gründe zu haben scheint; dass die Hilfsbedürftigkeit eines Migranten und die humanitäre Pflicht ihm gegenüber sich danach bemessen, ob er genügend Geld für die Schlepper und Kraft für die Balkan-Route hat und wie weit er auf dieser kommt; dass es bei der Aufnahme von Migranten keine »Obergrenze« geben darf; dass die gemeinsam mit dem türkischen Mächtigen Diktator ergriffenen Maßnahmen zur Beendigung des Flüchtlingsstroms hierzu nicht in Widerspruch stehen; und dass dasselbe für die Bemessung der Zahl der zukünftig aus humanitären Gründen aufzunehmenden Syrer anhand der Zahl ihrer am maritimen Anfang der nunmehr freilich abgeriegelten Balkan-Route aufgegriffenen Landsleute gilt; dass die »Schließung der Balkanroute« im Anschluss an die Kölner Silvesterfeiern durch »Europa«, unter Führung der deutschen Bundeskanzlerin, bewirkt wurde und nicht durch Österreich oder Slowenien, weshalb sie auch in Einklang mit »unseren Werten« steht, was andernfalls anders wäre.

Schließlich ist fest zu glauben, dass die Entscheidung, die deutschen Grenzen zu öffnen, nichts mit einem politischen Bedürfnis nach Imagekorrektur im Gefolge der Zerschlagung des griechischen Gesundheitssystems durch die deutsche Austeritätspolitik zu tun hatte, ebenso wenig wie mit vorgezogenen Koalitionsplanungen für 2017 oder auch mit dem unüberwindbaren Widerstand in Merkels eigenen Reihen gegen ein Einwanderungsgesetz und den absehbaren Folgen dieses Widerstands für die deutsche Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik – sondern dass diese Entscheidung allein einem richtlinienbestimmenden moralischen Impuls der Kanzlerin als Person

zu danken war und deshalb auch keines Kabinettsbeschlusses, keiner Regierungserklärung, keines Gesetzes und nicht einmal eines schriftlichen Erlasses an die zuständigen Behörden bedurfte.

In den Mitgliedsländern der Europäischen Union muss die Engführung der deutschen politischen Öffentlichkeit umso bedrohlicher erscheinen, als von ihnen verlangt wird, sich ihr widerspruchslos auszuliefern. Zwar neigt jede nationale Verständigungsgemeinschaft dazu, sich ihre Außenwelt als Verlängerung ihrer Innenwelt vorzustellen. Die deutsche Politik verbindet ihre europäische Selbstdefinition aber mit dem Anspruch, dass ihre kleineren Nachbarn ihr bizarres Hin und Her laufend nachvollziehen – etwa wenn Deutschland nach »europäischen Lösungen« für Probleme sucht, die für alle anderen deutsche sind. So bestand die deutsch-europäische Antwort auf den Migrationsdruck zunächst bekanntlich in der Forderung, Einwanderung »ohne Obergrenze« zuzulassen und die Eingewanderten in nach oben offenen »Kontingenten« auf alle Mitgliedstaaten der Union zu verteilen.

Ein halbes Jahr später dagegen enthielt sie die ursprünglich für unmöglich erklärte Absperrung der europäischen Außengrenzen mit Hilfe der Türkei, der im Gegenzug von der deutschen Regierungschefin im Namen »Europas« die von ihr selbst bis dahin für unerwünscht erklärte Aufnahme in die Union sowie die Abschaffung der Visumpflicht für türkische Bürger durch deren Mitgliedstaaten in Aussicht gestellt wurde. Oberstes Prinzip war das Verbot von »nationalen Alleingängen«, allerdings mit der Ausnahme von Deutschland, das, ähnlich wie seinerzeit bei der »Energiewende«, das Dublin-Regime ohne Konsultation der anderen europäischen

Länder außer Kraft gesetzt hatte und nur wegen der »Alleingänge« anderer Staaten – zunächst moralisch verurteilt, dann »europäisch« vereinnahmt – das Kunststück fertigbringen konnte, seine Grenzen »ohne Obergrenze« offen zu halten und zugleich den Zustrom der Einwanderer nach Deutschland zu beenden.

Nur den an das System Merkel gewöhnten Deutschen wird dabei nicht schwindlig. Im Ausland freilich entsteht der verheerende Eindruck einer schweigenden Hinnahme beliebiger politischer und intellektueller Zumutungen durch eine bedingungslos folgebereite deutsche Öffentlichkeit, in der das *sacrificium intellectus* längst Pflicht geworden ist. Zu dem geradezu einheitsparteilichen Konformitätsdruck, der den deutschen Flüchtlingsdiskurs bis vor kurzem zusammenhielt, trug neben dem Regierungsapparat auch das sonst sich so kritisch gebende linke und linksliberale Milieu bei, das sich zur Aufrechterhaltung der nationalen Disziplin routinemäßig der Drohung bedient, Abweichler, die die neuen Kleider »der Kanzlerin« partout nicht sehen konnten, in die rechte, bräunliche bis braune Ecke zu verweisen.

So eingeschüchtert, wollte dann niemand wissen, was genau gemeint gewesen sein könnte, als Merkel verlauten ließ, die Flüchtlinge würden »unser Land verändern«, und zwar »zum Guten«, gefolgt ein paar Wochen später von der euphorischen Ankündigung ihrer künftigen Vizekanzlerin, durch die Einwanderung werde »unser Land religiöser werden«.

Anderswo wären Umbaupläne dieser Art mindestens eine parlamentarische Fragestunde wert gewesen – in Deutschland blieb das Thema »der Rechten« überlassen beziehungsweise wurde, wer

es für ein Thema hielt, derselben zugerechnet. Dasselbe gilt für Rechtsform und Rechtsgrundlage der Grenzöffnung; für die Folgen der von der Regierung betriebenen Einwanderung »unserer künftigen Mitbürger« für deren Herkunftsländer; und für das Rätsel, warum die Regierung nicht die Bedürftigsten mit Flugzeugen aus den Lagern holt, für die anderen dort Schulen und Krankenhäuser baut und diejenigen, die die deutsche Wirtschaft als Arbeitskräfte braucht – angeblich 500 000 pro Jahr für 25 Jahre (Prognose vom April 2016) – wie in Kanada nach einem Punktsystem aussucht und einfliegt.

Auch nachträglich steht man staunend vor einer öffentlichen Diskussion, der es unmöglich war und noch ist, Humanitätspflichten von Wirtschaftsinteressen und die eigenen Bedürfnisse von denen der Flüchtlinge zu unterscheiden, um damit beiden besser gerecht zu werden, wie von George Soros (!) kürzlich in einem klugen Artikel in der »New York Review of Books« detailliert vorgeschlagen. Stattdessen erklärt man demokratischen common sense für rechtsradikal und handelt sich damit die Gefahr ein, die rechtsradikalen als privilegierte oder gar einzige Vertreter desselben erscheinen zu lassen.

Auch große Teile der deutschen Qualitätspresse, von den öffentlich-rechtlichen Medien nicht zu reden, haben vergessen, dass es zu den Aufgaben politischer Kommentierung gehört, die von den politischen Maschinen produzierten »Narrative« auf ihre Lokalisierung in den in ihnen unterliegenden Geflechten kollektiver und partikularer Interessen hin zu untersuchen, anstatt sich als Cheerleader einer karitativen Begeisterungswelle zu betätigen, von der jeder wissen konnte, dass sie nicht lange anhalten würde. Statt kritischer Analyse

erleben wir allzu oft eine psychologisierende Hofberichterstattung, vor- und postmodern zugleich, über die Damaskus-Erlebnisse einer Parteiführerin, die zu solchen, anders als der zum Paulus gewordene Saulus, immer wieder von neuem, sobald es die Lage erfordert, fähig zu sein scheint, von Fukushima über Budapest bis Istanbul.

Man wünscht sich, wohl vergebens, einen Shakespeareschen Sinn für Irrsinn oder auch nur die einfache Fähigkeit zur Unterscheidung von Kitsch und Nicht-Kitsch – etwa wenn der grüne Ministerpräsident Baden-Württembergs, Winfried Kretschmann, mitteilt, dass er vor dem Schlafengehen für die Vorsitzende der Partei betet, deren Koalitionspartner er zu werden wünscht; oder wenn die »im Bundestag vertretenen Parteien« nach dem Debakel der Landtagswahlen vom 13. März gemeinsam verlautbaren, alles sei in bester Ordnung, schließlich hätten achtzig Prozent für »Angela Merkels Flüchtlingspolitik« gestimmt; oder wenn die Regierungschefin einer Demokratie in monarchischem Ton verlauten lässt, dass das Land, dessen Bürger sie auf Zeit gewählt haben, nicht mehr »mein Land« sein könne, wenn sie nicht weiterhin »ein freundliches Gesicht zeigen« dürfe.

Angeblich gewöhnt man sich ja an alles. Die letzte Wendung der deutsch-europäischen Flüchtlingspolitik scheint zu sein, dass die Mitgliedstaaten die deutsche Regierungschefin, den Ratspräsidenten im Schlepptau, »europäische« Verträge mit wem auch immer aushandeln lassen, ohne die Absicht, sich hinterher an diese gebunden zu fühlen. Das ist allemal besser als die fortschreitende Ausbreitung der gewachsenen Feindseligkeit gegen einen als solchen wahrgenommenen deutschen Imperialismus, ökonomisch,

moralisch oder beides zugleich. Vielleicht bereitet dies ja die Lockerung der lateralen Kopplung der Mitgliedstaaten an die Flatterhaftigkeit der deutschen Politik vor, indem sie sie vorwegnimmt.

Am Ende stünde dann möglicherweise eine der realen sozialen Verfassung Europas gerecht werdende politische Verfassung, in deren Rahmen die Deutschen nach ihrer Façon selig werden könnten, ohne dass alle anderen dabei mitmachen müssten. Auch hierfür ist es freilich unerlässlich, im Interesse guter Nachbarschaft an einer nachhaltigen Erweiterung des thematischen und argumentativen Spektrums der deutschen politischen Öffentlichkeit zu arbeiten, unter entschiedener Missachtung der von den Hoflieferanten der Milch der frommen Denkungsart verhängten Denkverbote und der zu ihrer Verteidigung eingesetzten Diffamierungen. Das Risiko, das man sich damit einhandelt – von Leuten, die nie aus Deutschland herausgekommen sind, als »Anti-Europäer« oder gar »Sozialnationalist« aus der politischen Legitimitätszone ausgebürgert zu werden –, muss uns Europa wert sein.

Wolfgang Streeck war von 1995 bis zu seiner Emeritierung 2014 Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.05.2016

*Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main.
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de*



Hyper! Moral!

Endlich entdeckt: Die Programmschrift der Merkel-Gegner

Von Mark Siemons

Gibt es inmitten der Flüchtlingskrisendiskussion wirklich, wie es die Zeitschrift »Tumult« vermutet, die sich »Vierteljahresschrift für Konsensstörung« nennt, so etwas wie eine »Kernfrage«, die »gleichsam ständig auf der Zunge liegt«, aber dann doch nicht ausgesprochen wird? Geht man nach »Tumult«, dann ist dieses eine Wort, das endlich gesagt werden muss, gefunden – jedenfalls kommt in vielen Beiträgen der jüngsten Ausgabe, die der Kritik an der Merkelschen Flüchtlingspolitik einen intellektuellen Ausdruck geben will, an entscheidender Stelle ein und derselbe Begriff vor: »Hypermoral«. Das Editorial von Herausgeber Frank Böckelmann gibt den Ton vor: »Die Immigranten wenden die Hypermoral, zu der sich viele Deutsche in eitler Selbstlosigkeit aufschwingen, gegen die deutschen Institutionen.« Geschichts- und »gesichtslos« sei die Nation in den letzten Jahrzehnten geworden: »Nun bietet sich die Gelegenheit, ebendiese Standpunktlosigkeit als Standhaftigkeit auszudeuten.«



Manchmal wirkt Berlin, als gehe es nur noch drunter und drüber. © F.A.Z.-Foto / Jens Gyarmaty.

Die Begriffe und die gesamte Argumentationsfigur, die da auf die aktuelle Lage angewendet werden, entstammen einem Buch von 1969, das keiner der Beiträger mit Namen nennt: »Moral und Hypermoral«, geschrieben von dem Philosophen Arnold Gehlen. Der schmale Band lässt die anthropologische Institutionenlehre, die Gehlen in seinen früheren Werken skrupulös formulierend entfaltet hatte, in eine saftige Polemik münden, gegen das, was er als »Zeitgeist«, und zwar als linken, identifizierte. Wenn man seine Hauptideen und Insinuationen heute Revue passieren lässt, bekommt man eine verblüffend präzise Zuspitzung der Motive, die der Ablehnung der Berliner Asylpolitik über die pragmatischen Fragen hinaus ihre Wucht und ihre Unversöhnlichkeit geben. Der »Humanitarismus«, den Gehlen schon seit dem Zusammenbruch der griechischen Stadtstaaten als Dekadenzphänomen wahrnimmt, überdehne die Moral und überfordere den Menschen; denn zusammen mit dem »Masseneudämonismus« trage er auch noch zur Schwächung der Institutionen bei, die allein es dem Menschen möglich machen, anständig zu leben – nicht zuletzt den Staat. Die Intellektuellen und Medienleute aber hätten die Hypermoral zu ihrer Herrschaftsideologie gemacht: »Teuflich ist, wer das Reich der Lüge aufrichtet und andere Menschen zwingt, in ihm zu leben.«

Es ist, als hätte man da das missing link, den Subtext, der die vielen vor allem sich im Netz in den letzten Jahren zusammenbauenden Interventionen gegen Wall Street, Gender-Mainstreaming, EU, Russland-Sanktionen, Lügenpresse, NSA und Asylpolitik zusammenhält. »Souveränitätspolitische Verwehrlosung« durch »sozial effektive Hypermoralisierung« nennt das in »Tumult« der